GPA djp
GZ 02Z031173M P.b.b.Verlagspostamt 1230 Wien

Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

Ausgabe 1/2011

www.gpa-djp.at

## Pressefreiheit in Ungarn

Seite 12

## Erfolgreicher Arbeitskampf bei der AUA

Seite 18

## Sparpolitik und Euro-Rettungsschirm

ab Seite 4

# Wohin geht Europa?

# Inhalt

## Thema


04 Wohin geht Europa?

08 Neue Wege in Europa: Investieren statt Sparen

10 Kommentar: Raus aus der EU?


## Aktuell


11 Kurzmeldungen

12 Ungarn: Presse ohne Freiheit

14 Arbeitsmarkt: Optimistisch mit Vorbehalt

16 JugendvertrauensrätInnen


## Arbeitswelt


17 Kurzmeldungen

18 AUA: Erfolgreicher Arbeitskampf

20 Lebenshilfe Steiermark: Budgetkürzungen

22 Beruf: Deutschtrainerin

24 Kinderbetreuung in Oberösterreich


## Service


25 Kurzmeldungen

26 CARD-Angebote

28 Gewinnspiele und Ermäßigungen

29 Bücher

30 Johanna-Dohnal-Gedenktafel enthüllt (Advertorial)

© Waldhäusl/IB / BA muenchen

4 Europa in der Krise

© Christophe Karaba/EPA

12 Pressefreiheit in Ungarn

© Robert Jäger/APA

18 Arbeitskampf bei der AUA


IMPRESSUM
**Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at**
**Herausgeber:** ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at
**Verlag und Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96
**Chefredakteurin:** Dr. Dwora Stein
**Stv. Chefredakteur:** Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer @gpa-djp.at, **Chefin vom Dienst:** Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at **Redaktion und Anzeigen:** Renate Zaunscherb, renate.zaunscherb@gpa-djp.at
**Artdirection und Layout:** Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)
**Druck:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21 **Verlagsort:** Wien **Herstellungsort:** Neudörfl
**Coverfoto:** Dreamstime.com, Andreus
**DVR-Nr.** 0046655 **ZVR-Nr.** 576439352



Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.

Editorial

Foto: Nurith Wagner-Strauss

# Genug **gespart!**

Sparen – das scheint momentan die einzig mögliche Antwort auf alle Krisen zu sein. Die Griechen und die Iren haben schlecht gewirtschaftet und ihr Geld verschleudert, daher müssen sie jetzt sparen. „Die Griechen" und „die Iren", das sind aber jene Menschen, die vorher auch nicht im Überfluss lebten. Gespart wird nämlich bei den Mindestlöhnen und bei den Unterstützungen für Arbeitslose und sozial Schwache, bei den Angestellten im öffentlichen Dienst und bei den Pensions- und Krankenkassen. Für die, die vor der Krise von Steuererleichterungen profitiert haben oder mit windigen Spekulationen das große Geld machten, wird sich jetzt nicht viel ändern. Sie haben ihre Vermögen in Sicherheit gebracht, und keiner wagt es, sie endlich zur Kasse zu bitten.

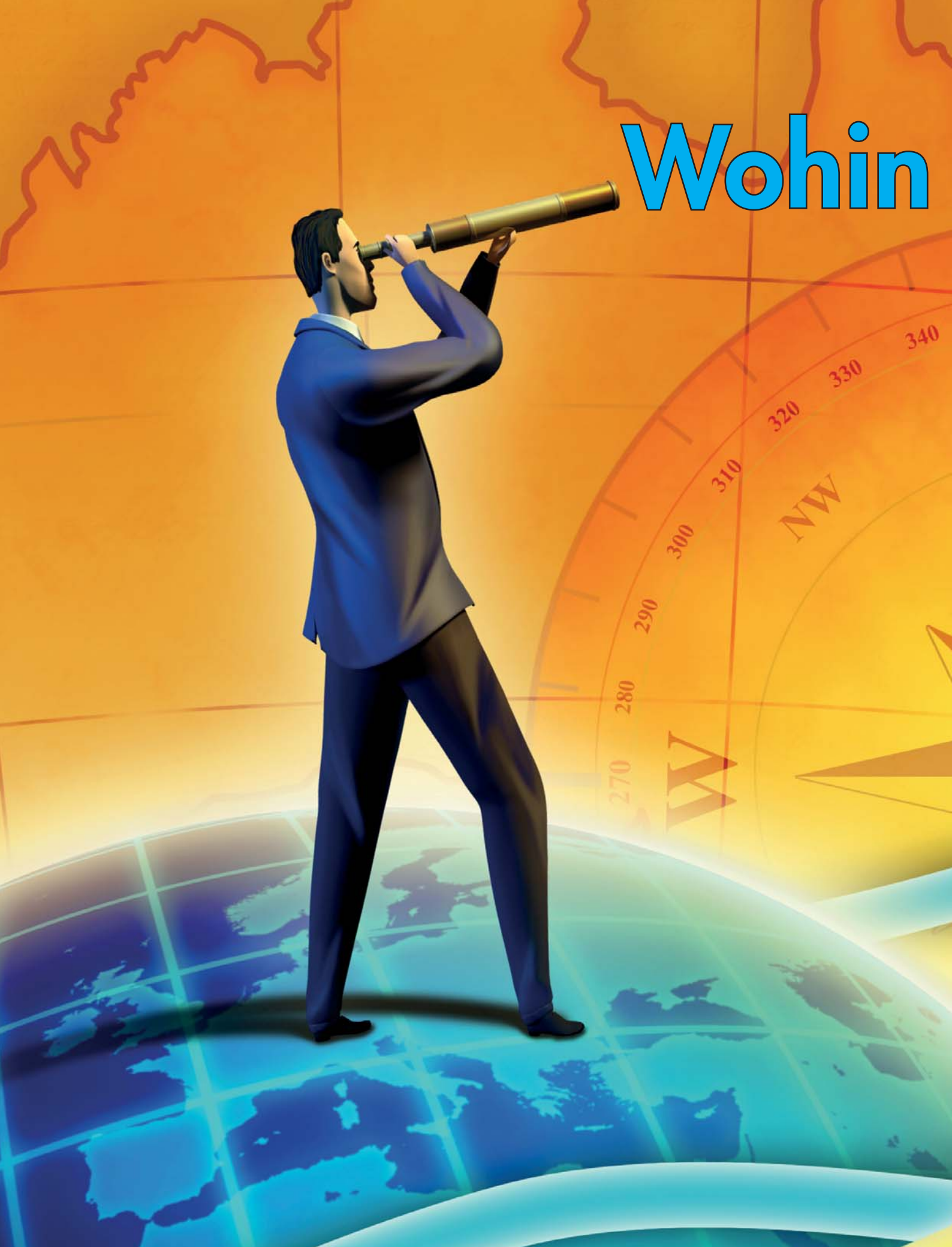
Obwohl hierzulande das Sparpaket weniger dramatisch ausfällt und vor allem der Arbeitsmarkt einen leichten Aufwärtstrend verzeichnet, treffen die Sparmaßnahmen im Budget genau die falschen, nämlich jene Menschen, die eigentlich mehr Unterstützung bräuchten und nicht weniger.

Wir haben in dieser Ausgabe daher sowohl die europäische Wirtschaftspolitik analysiert als auch in einer Reportage zu den Gesundheits- und Pflegeberufen aufgezeigt, was es für die Betroffenen bedeutet, wenn an der falschen Stelle gespart wird. Im konkreten Fall: bei kranken Kindern.

In Europa sehen wir aber noch einen weiteren Grund zu großer Sorge: Die Union hat zwar wirtschaftlich vieles ermöglicht, kann nun aber praktisch kaum eingreifen, wenn Ungarn seine Pressefreiheit radikal einschränkt und damit die Basis für seine Demokratie in Frage stellt – hier zeigt sich eine offensichtliche Schwachstelle in der Konstruktion des gemeinsamen Hauses Europa auf. Das sollte aber keineswegs zu dem Schluss führen, es wäre besser, der EU schleunigst den Rücken zu kehren. Wir müssen im Gegenteil eine verstärkte Anstrengung unternehmen, dieses Europa endlich so umzugestalten, dass es Freiheit und Wohlstand für alle bietet!

Dwora Stein
Chefredakteurin

# Wohin



# geht Europa?

***Wirtschaftskrise.*** *Reichen der Euro-Rettungsschirm und eine radikale Sparpolitik aus, um Europa wieder flottzumachen? Wer trägt die Schuld an der Krise, wer zahlt die Zeche? Eine kritische Bewertung der europäischen Wirtschaftspolitik in fünf Fragen und Antworten.*

© Dreamstime.com, Andreus

Europa hat massive Probleme: Einerseits ist es manchen Euro-Ländern unmöglich, sich auf den Finanzmärkten Geld zu leihen. Griechenland und Irland müssen sich daher Geld von anderen Mitgliedsstaaten borgen. Portugal und Spanien könnten bald in dieselbe Situation kommen. Andererseits gibt es enorme Unterschiede in der Stärke und Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder. Aus der Krise können alle Beteiligten nur dann kommen, wenn sie sich gemeinsam und solidarisch an der Lösung beteiligen. Die Schuld dafür den südlichen Mitgliedsstaaten zu geben wäre zu einfach und verschärft die Situation.

## 1. Warum ein Euro-Rettungsfonds ?

EU und Internationaler Währungsfonds (IWF) haben einen „Rettungsschirm" aufgespannt, der derzeit mit insgesamt 750 Mrd. Euro die Zahlungsfähigkeit der Euro-Länder garantieren soll. Die aufgenommenen Mittel müssen aber verzinst wieder zurückgezahlt werden.

Ohne Rettungsschirm für Griechenland und Irland hätte das weitere Bankenzusammenbrüche in Deutschland, England und anderen Ländern zur Folge gehabt. Dann müssten diese Staaten das eigene Finanzsystem vor dem Zusammenbruch bewahren. Beim Rettungsfonds geht es also nicht nur um Solidarität, sondern auch um die Eigeninteressen der Geberländer. Vom Rettungsschirm profitieren auch zahlreiche Banken der Geberländer.

Der Rettungsschirm ist für jene Länder gedacht, die auf den Finanzmärkten nur noch gegen astronomisch hohe Zinsen Geld leihen könnten. Die hohen Zinsen sollen das Risiko der fragwürdigen Zahlungsfähigkeit abgelten. Wenn nun der Rettungsschirm die Zahlungsfähigkeit der Euro-Länder erhält, so wird das Risiko von den europäischen SteuerzahlerInnen übernommen – und die Investoren kassieren astronomische Zinsen. Die Zeche zahlt die griechische und irische Bevölkerung. Denn die Bedingung, dass ein Land Hilfe aus dem Rettungsschirm erhält, sind tiefe soziale Einschnitte.

**Extremes Sparen gefährdet den Sozialstaat und verlängert die Krise.**

## 2. Wie kommen die Euro-Länder aus der Krise wieder raus?

In den Euro-Ländern gibt es immense Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit. Sie müssen abgebaut werden, wenn die Staaten die gemeinsame Währung beibehalten wollen. Wenn ein Staat an Wettbewerbsfähigkeit verliert und seine eigene Währung hat, kann er sie abwerten, damit die exportierten Produkte billiger und konkurrenzfähiger werden. Diese Möglichkeit besteht in einer Währungsunion aber nicht.

Die Lohnstückkosten sind in der Euro-Zone seit 2000 insgesamt um rund 20 Prozent gestiegen. In Griechenland stiegen die Lohnstückkosten jedoch um 37 Prozent, in Deutschland hingegen nur um 5,6 Prozent! Der Euro wird nur haltbar sein, wenn diese Unterschiede abnehmen und sich alle Länder gemeinsam am Anpassungsprozess beteiligen.

Deutschland und auch Österreich müssen danach trachten, das Wachstum nicht nur über steigende Exporte zu erreichen, sondern die inländische Kaufkraft – also Löhne und Gehälter – stärker anzuheben. Wenn man die Anpassungskosten einfach nur den südeuropäischen Ländern aufbürdet, müssten diese, um mit Deutschland aufzuschließen, die Lohnstückkosten um über 30 Prozent drücken. Das ist unmöglich und würde die Zukunft der EU und die Demokratie aufs Spiel setzen.

## 3. Sind die Krisenländer alleine schuld?

Deutschland ist sehr stolz, deutlich mehr zu exportieren als zu importieren. Das können aber nicht alle machen. Die Überschüsse der einen sind die Defizite der anderen. Deutschland hat die hohen Überschüsse nicht im Inland investiert, sondern im Ausland angelegt. Weil sich die Binnennachfrage in Deutschland so schwach entwickelt hat, wurde das Geld in Südeuropa angelegt. Das ist jetzt auch das Problem vieler deutscher Banken.

Vor allem die Regierung Deutschlands und die Europäische Kommission pochen auf Sparanstrengungen und eine Verschärfung des Stabilitätspaktes der EU. Dieser sieht Grenzen für die öffentlichen Defizite vor. Das ist nicht hilfreich. Extremes Sparen in den Defizitländern gefährdet den Sozialstaat und verlängert die Krise. Wenn jetzt alle versuchen, der Schuldenkrise durch Sparen zu entkommen, wird in weiten Teilen der EU die Wirtschaftsleistung wieder zurückgehen.

Damit wird es noch schwieriger, die Schulden abzubauen, weil bei sinkender Beschäftigung zugleich die Steuereinnahmen sinken. Damit die Defizitländer stärker über die Außenwirtschaft wachsen können, muss in anderen Ländern die Binnennachfrage gestärkt werden.

## 4. Ist eine radikale Sparpolitik der richtige Ausweg?

Die Finanzkrise, die aufgrund extrem riskanter Spekulationen privater Banken, Investmentbanken und Hedge Fonds entstanden ist, führte zu einer Verschuldungskrise der Staaten. Die Staaten haben die Finanzmärkte gerettet und werden nun von den Finanzmärkten für ihre hohen Schulden mit astronomischen Zinsen bestraft.

Der Abbau der Schulden erfolgt in vielen Ländern durch einen radikalen Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung: Kürzungen der Mindestlöhne, Kürzungen der Unterstützung für sozial Schwache, Familien und Arbeitslose, Kürzungen der Einkommen der öffentlich Beschäftigten. Sie müssen für eine Rettung der Vermögenswerte jener, die ihr Geld in „geretteten" Banken halten, aufkommen. Diese Sparpolitik wird in eine Sackgasse führen.

In den nächsten drei Jahren muss Irland über 15 Milliarden Euro einsparen. Der gesetzliche Mindestlohn sowie Kindergeld und Sozialhilfe werden gekürzt. Die extrem niedrige Gewinnbesteuerung von 12,5 Prozent wird jedoch nicht angehoben. Das kommt vielen Konzernen wie Pfizer, Google und Facebook entgegen, die aus steuerlichen Gründen in Irland beheimatet sind.

## 5. Was ist aus gewerkschaftlicher Sicht zu tun?

Während einerseits rigoros gespart wird, wird auf den Finanzmärkten weitergezockt, als hätte es nie eine Krise gegeben. Nur ein politischer Kurswechsel kann einen Ausweg bringen.

Wir benötigen eine Regulierung der Finanzmärkte, eine Trennung von klassischen Bankgeschäften und riskantem Investmentbanking, es sollen Investitionen und nicht Spekulation finanziert werden. Hochriskante Spekulation sollte verboten werden: Diese hat keinen Nutzen für die Gesellschaft, kann aber sehr hohen Schaden anrichten.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer würde Spekulation besteuern und verteuern. Damit könnten dringend benötigte Mittel lukriert werden, die helfen, die öffentlichen Schulden wieder abzubauen.

Wenn der EU-Rettungsschirm öffentlich die Zahlungsfähigkeit der Staaten sicherstellt, müssen die hohen Zinsen auf Staatsanleihen besteuert werden. Und: Keine Geschäfte mehr mit Steueroasen. Dass die geretteten Banken die Gesellschaft durch Geschäfte in Steuerparadiesen schädigen, ist ein Skandal, der beendet werden muss.

Die Alternative zu Kaputtsparen und Steuerdumping wäre eine europaweite Steuerharmonisierung: 25 Prozent Mindestgewinnbesteuerung bei einheitlicher Bemessungsgrundlage. Nicht Ländern mit zu hohen Defiziten sollten die EU-Mittel gestrichen werden, sondern jenen, die durch Steuerdumping die Einnahmen der anderen Staaten gefährden. ■

*David Mum*

*Mehr über die Schuldenkrise in Europa und die gewerkschaftlichen Forderungen finden Sie auf www.kompetenz-online.at*

© Dreamstime.com, Andreus

# Neue Wege: Investieren statt sparen

*Kurswechsel. Nach der Krise ist vor der Krise. Für die Rettung des europäischen Projekts fordern die Gewerkschaften einen echten politischen Kurswechsel.*

In Brüssel wird derzeit heftig diskutiert, welcher Weg zur nachhaltigen Bewältigung der Schuldenkrise eingeschlagen werden soll. „Die Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenvertreter in Brüssel versuchen zu verhindern, dass erneut jene neoliberalen Konzepte Platz greifen, die uns in die missliche Situation der Finanzkrise gebracht haben“, erklärt der Internationale Sekretär der GPA-djp, Wolfgang Greif. Denn dann wäre „nach der Krise gleich vor der Krise“ und das würde bedeuten, dass wir nichts aus der dramatischen Situation gelernt haben.

Greif verwehrt sich ganz besonders dagegen, dass den ArbeitnehmerInnen neue Belastungen aufgebürdet werden könnten. „Die Beschäftigten haben diese Finanzkrise nicht verursacht. Die Menschen nun doppelt und dreifach zur Kassa zu bitten ist sozialpolitisch zynisch und wirtschaftlich kontraproduktiv“, so Greif. Eine Krise könne nicht „weggespart“ werden – dies würge alle Impulse für Wachstum und Beschäftigung ab. Vielmehr müssten Schritte zur Finanzmarktregulierung viel konsequenter angegangen werden, um Missbräuche abzustellen und künftig Finanzkrisen einen Riegel vorzuschieben.

Die Finanzwirtschaft muss wieder zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, nämlich der Finanzierung der Realwirtschaft, zurückgeführt werden. „Wir brauchen einen wirtschaftspolitischen und sozialen Kurswechsel. Die Fehler der Vergangenheit zu ignorieren ist unvernünftig und gefährlich“, warnt Greif.

## Kurzsichtige Krisenbewältigung

Derzeit nehmen zahlreiche Regierungen in den EU-Staaten drastische Kürzungen bei den Sozialausgaben vor. Um die Krise zu bewältigen, plant man leistungsschmälernde Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und heftige Einschnitte im öffentlichen Dienst. Sogar Eingriffe in die Lohn-

verhandlungen sind in Empfehlungen europäischer Institutionen derzeit kein Tabu. Experte Greif sieht darin eine ernsthafte Gefahr für den sozialen Frieden: Man will soziale Sicherungssysteme abbauen, den öffentlichen Dienst schwächen und die Gewerkschaften in die Defensive drängen. Noch weiter liberalisierte Arbeitsmärkte und ein aufgeweichtes Arbeitsrecht wären die Folge. Damit hätte man die Chance auf einen Neubeginn, den jede Krise in sich birgt, verspielt. „Das schwächt die Kaufkraft und verschiebt die soziale Balance, was in letzter Konsequenz die Demokratie in Europa gefährden kann", kritisiert Greif diese unausgewogenen Maßnahmen.

## Gegen soziale Einschnitte

Das Beispiel Arbeitsmarkt zeigt das Versagen neoliberaler Konzepte sehr deutlich. In Zeiten, in denen die prekären Beschäftigungsverhältnisse rapide zunehmen, empfiehlt die EU-Kommission in ihrem vor kurzem veröffentlichten Wachstumsbericht eine Forcierung flexibler Arbeitszeitregelungen mit lockerer Kündigungsfrist. Auch Arbeitsschutzvorschriften sollen aufgeweicht und das Arbeitslosengeld einer Revision unterzogen werden. „Diese Empfehlungen der EU-Kommission schaffen weitere Unsicherheit und gehen genau in die falsche Richtung", kritisiert die Gewerkschafterin und stellvertretende Delegationsleiterin der SPÖ-EU-Abgeordneten Evelyn Regner.

In Krisenzeiten sei mehr Sicherheit auf den Arbeitsmärkten gefragt. Regner und ihre KollegInnen tragen daher die Empfehlungen der Kommission nicht mit. „Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass derartige neoliberale Empfehlungen das Ziel einer Ankurbelung des Wirtschaftswachstums verfehlt haben", erklärt die Europaparlamentarierin. Um die Wirtschaft zu stimulieren und die Folgen der Krise zu minimieren wäre es besser, verstärkt Kredite an Kleinunternehmen zu vergeben, in Forschung und Bildung zu investieren sowie eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. „Das Angreifen und Aufweichen von Arbeitsschutzvorschriften und Kollektivverhandlungssystemen ist der falsche Weg aus der Krise", meint Regner.

**Wer die soziale Balance schwächt, gefährdet die Demokratie in Europa.**

## Umfassende Reformen gefragt

EU-weit geht es derzeit nicht um die bloße Reparatur der Krisenfolgen, sondern um eine umfassende Reform der Finanzarchitektur: „Jetzt müssen wirksame Vorkehrungen getroffen werden, damit solche Krisen nicht mehr entstehen können", konkretisiert Wolfgang Greif. Dabei ist ihm wichtig, dass das Agieren von Spekulanten und nur auf kurzfristigen Gewinn ausgerichteten Bankmanagern endlich unterbunden wird. Wirksame Regulierungsmechanismen und die Verstärkung der Eigenkapitalbasis der Banken sind aus gewerkschaftlicher Sicht notwendig. Auch genau definierte Schranken bei den Bonizahlungen von Bankern sowie einen Finanzierungsbeitrag der Banken zur Bewältigung der Krisenkosten hält die Gewerkschaft für gerechtfertigt. Notwendig ist es darüber hinaus, bestehende Ungleichgewichte bei Einkommen und Vermögen, aber auch zwischen den Leistungsbilanzen der EU-Staaten auszugleichen.

## Gewerkschaftliche Konzepte

Der Wunsch vieler ArbeitnehmerInnen wäre eine Europäische Union, in der soziale Grundrechte nicht dem Wettbewerb geopfert werden und ein sozialpolitischer Aufbruch den Stillstand der letzten Jahre durchbricht. Gefragt sind Investitionen in nachhaltige Beschäftigung, in Gesundheits- und Sozialdienste sowie in Lebenskonzepte zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Anstatt EU-weit nach Exit-Strategien zu suchen, sollte wieder mehr in die Menschen investiert werden – in ein soziales Europa, das diesen Namen auch verdient", so Greif.

*Andrea Rogy*

*Wolfgang Greif, internationaler Sekretär in der GPA-djp und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss*

Foto: Nurith Wagner-Strauss

GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian

# **Raus** aus der EU?

*Schuldenkrise. Österreichs Wirtschaft profitiert überproportional von der EU und der Osterweiterung. Eine Exit-Strategie aus dem Projekt Europa kann keine Lösung sein.*

Österreichs Arbeitsmarkt und Österreichs Wirtschaft stehen im europäischen Vergleich sehr gut da. Auch die Sparmaßnahmen der österreichischen Bundesregierung wirken im Vergleich zu den massiven Einschnitten in die Sozialsysteme vieler anderer Staaten vergleichsweise harmlos. Kein Wunder, dass es im Boulevard genauso wie an Stammtischen immer wieder tönt: „Nur schnell raus aus der EU, damit wir nicht weiter für die anderen zahlen müssen ... und wenn das nicht geht, dann bitte zumindest raus aus der Eurozone!“ Weil „mia san mia“, könnte das Stammtischgespräch dann weitergehen, „und ohne die wären wir doch besser dran“.

Wären wir das wirklich? Österreichs Wirtschaft und Unternehmen haben überproportional vom EU-Beitritt und schließlich auch von der Erweiterung der Union, die uns ins Herz Europas katapultiert hat, profitiert. Wir sind Nutznießer der offenen Grenzen und der Reisefreiheit genauso wie der Absatzmärkte unserer Nachbarn. Unsere Wirtschaft ist mit der unserer Nachbarländer auf untrennbare Weise verflochten. Gerade ein kleines Land wie Österreich hätte alleine als wirtschaftliche Insel mitten in der EU nichts zu gewinnen. Unser wirtschaftlicher Erfolg steht und fällt mit dem unserer Nachbarn.

Die Finanzhilfe für von Insolvenz bedrohte Mitgliedsländer ist daher nicht nur eine Frage von Solidarität, sondern liegt in unserem ureigensten Interesse. Ohne den Rettungsschirm für Irland und Griechenland würden auch größere EU-Staaten wie Großbritannien und Deutschland in enorme Schwierigkeiten kommen – mit vorhersehbaren Folgen auch für Österreich.

**Der Ausweg aus der Krise ist nur gemeinsam zu schaffen.**

Wir brauchen in der Krise keine Exit-Strategie aus dem Projekt Europa, sondern im Gegenteil mehr europäische Steuerung. Wir brauchen eine handlungsfähige europäische Union und einen Kurswechsel, mehr Koordinierung bei Lohn- und Steuerpolitik genauso wie effiziente gemeinsame Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung und sozialpolitische Mindeststandards. All das ist alleine nicht zu packen, sondern nur gemeinsam.

In Österreich und Deutschland ist zudem ein grundsätzliches Umdenken in der wirtschaftlichen Ausrichtung notwendig. Beide Länder haben in den vergangenen Jahren den Großteil des wirtschaftlichen Erfolgs über Exporte eingefahren und damit zur Entstehung der großen Ungleichgewichte innerhalb der EU beigetragen.

Wir müssen daher in Zukunft auch in Österreich noch stärker danach trachten, Wirtschaftswachstum vor allem über die inländische Kaufkraft zu erreichen, und die ArbeitnehmerInnen noch mehr am wirtschaftlichen Erfolg beteiligen. Gute Lohn- und Gehaltsabschlüsse auch in der Krise waren hier ein wichtiger und notwendiger Schritt. ■

© Dreamstime.com Ricklbl

# Krankenstände – der Schein trügt

*Gesundheit am Arbeitsplatz. Prävention und besseres Arbeitszeitmanagement sind unerlässlich.*

Die von der WGKK veröffentlichten Zahlen zur Entwicklung der Krankenstände sind kein Grund zum Jubeln und kein Indiz dafür, dass die Beschäftigten generell gesünder geworden sind. Aussagekräftigere Parameter für den Gesundheitszustand der ArbeitnehmerInnen sind die Burn-out-Quote oder die Zahl der Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen.

„Wir wissen, dass gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Tendenz zunimmt, aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes trotz Krankheit arbeiten zu gehen", erklärt GPD-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. Insbesondere die „Krankenstandsrückkehrgespräche" sind Katzian hier ein Dorn im Auge. Die GPA-djp fordert alle Unternehmen auf, mehr in die qualitative betriebliche Gesundheitsvorsorge zu investieren. Auch eine Reduzierung der Arbeitszeit durch einen Abbau der Mehrarbeit und der Überstunden wäre ein wichtiger Hebel, den Gesundheitszustand der Beschäftigten dauerhaft zu verbessern.

Die GPA-djp wird die Erfahrungen mit betrieblicher Gesundheitsvorsorge evaluieren und auch Modelle entwickeln, die ArbeitnehmerInnen aus kleinen und mittleren Betrieben eine betriebliche Gesundheitsförderung ermöglichen.

## 10 Jahre Interessengemeinschaften in der GPA-djp

Seit 2001 gibt es die Interessengemeinschaften in der GPA-djp – und in diesen zehn Jahren haben die IGs gemeinsam und erfolgreich die Gewerkschaft mitgestaltet, verändert und geprägt. Die IGs, das sind Plattformen für engagierte Menschen, die sich nach ihrer beruflichen Situation organisieren und hier berufliche Interessen wahren und niederschwellige Anbindung an die Gewerkschaft finden.

Die IGs laden zu ihrer Geburtstagsfeier: Am Dienstag,dem **1. März 2011, um 17 Uhr im ega** (1060, Windmühlgasse 26) mit Musik, Tanz, Essen und Trinken und allen, die viel bewegt haben!

## GPA-djp-Rechtsschutz erkämpft 80 Mio. Euro

Die GPA-djp erstritt 2010 bundesweit in fast 1.000 Fällen 80 Mio. Euro für ihre Mitglieder, davon 64 Mio. allein bei Sozialplänen. Der aktive Rechtsschutz der GPA-djp beinhaltet Interventionen im Betrieb, Vertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht sowie Unterstützung in Exekutions-, Konkurs- und Ausgleichsverfahren.

© iStock.com, Imagesbyfrista

Sowohl die erstrittenen Beträge als auch die Zahl der Fälle sind 2010 gegenüber dem Vorjahr auf das Vorkrisenniveau zurückgegangen. „Die wirtschaftliche Lage hat sich entspannt. Durch das wirksame Krisenintrument Kurzarbeit konnten viele Arbeitsplätze erhalten werden", erklärt der stv. Bundesgeschäftsführer Günther Trausznitz. „Aus dem Rückgang der Einzelberatungen ist auch die erfreuliche Tendenz abzulesen, dass wieder verstärkt auf die Problemlösungskompetenz der BetriebsrätInnen zurückgegriffen wird."

Trotzdem zeigen die zahlreichen Fälle und erstrittenen Beträge eindrucksvoll, wie grundlegend wichtig eine durchsetzungsfähige Rechtsvertretung für Österreichs Angestellte ist.

Foto: Christophe Karaba /EPA /picturedesk.com

*Grüne Abgeordnete halten Poster mit der Aufschrift „Censored" während der Rede des ungarischen Premiers Viktor Orbán am 19. Jänner 2011 im Europäischen Parlament in Straßburg.*

# Presse ohne Freiheit

***Ungarn.*** *Die neue Regierung von Viktor Orbán will die Medien in den Dienst der „nationalen Einheit" stellen. Wer sich widersetzt, dem drohen hohe, existenzbedrohende Strafen.*

Nicht nur das freie Wort kann Ungarns JournalistInnen in Bedrängnis bringen. Auch Stille wird bestraft. Diese Erfahrung machten der Redakteur des öffentlich-rechtlichen Radiosenders „Kossuth", Zsolt Bogár, und sein Moderator Attila Mong, als sie Ende Dezember 2010 in den Morgennachrichten eine Schweigeminute einschoben. An diesem Tag beschloss im Budapester Parlament die Regierungspartei „Fidesz" mit ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit ein neues Medienrecht und die beiden Journalisten wollten ihre Zuhörer „aufmerksam machen, was mit dem neuen Medienrecht auf Journalisten und Medienunternehmen zukommt", so Bogár. Noch am selben Tag wurden sie suspendiert, ein Disziplinarverfahren ist im Laufen. Im öffentlich-rechtlichen Bereich blieben Bogár und Mong mit ihrem Protest alleine. Private Medien schlossen sich jedoch an: Mehrere Zeitungen erschienen mit leeren Titelseiten, die große Tageszeitung „Népszabadság" druckte auf ihre Titelseite in zwölf Sprachen den Satz: „In Ungarn wurde die Pressefreiheit aufgehoben."

## Redaktionsgeheimnis abgeschafft

Ein Mitgliedsstaat der Europäischen Union hebt die Pressefreiheit auf? Journalist Bogár hält diese Behauptung „für übertrieben", gibt aber zu, dass das neue Medienrecht in diese Richtung gehen könnte. Zumindest wurde dafür die rechtliche Grundlage geschaffen: So werden Medien unter anderem verpflichtet, „den nationalen Zusammenhalt zu stärken, sowie die Institution der Ehe und die Werte der Familie zu respektieren" (Artikel 83). Tun sie das nicht, drohen Strafen bis zu 700.000 Euro. Die Einhaltung überwacht eine Medienbehörde, deren Präsidentin Annamária Szalai von Regierungschef Viktor Orbán persönlich auf neun Jahre bestellt wurde. Sie kann die Durchsuchung von Redaktionsräumen und die Herausgabe von Recherchematerial anordnen. Das Redaktionsgeheimnis wurde damit in Ungarn abgeschafft.

**Wer nicht das hohe Lied der neuen Regierung singt, der muss um seine berufliche Existenz fürchten.**

Zwar sollen Strafen erst nach einer Übergangsfrist bis 1. Juli verhängt werden (am 30. Juni endet die EU-Präsidentschaft Ungarns), doch die Angst der JournalistInnen drückt sich bereits jetzt in Selbstzensur aus. So brach etwa eine Radiojournalistin entsetzt ein Interview mit einem Menschenrechts-Experten ab, als dieser das neue Medienrecht ansprechen

wollte. Das Interview wurde nie gesendet.

## Umstrukturierung

Vor allem im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien ist die Angst durchaus begründet. Regierungschef Orbán hat die Führungsposten von Radio- und TV-Sendern mit Parteigängern besetzt und baut jetzt die Struktur um. Alle Sender werden einem neuen Fonds unterstellt, der von Orbáns Parteisoldaten geführt wird. Nachrichten werden in Zukunft für alle Sender zentral von der Nachrichtenagentur MTI produziert. Etliche Nachrichtenredaktionen werden aufgelöst, die JournalistInnen verlieren ihre Jobs. MTI war bereits im realen Sozialismus das zentrale Nachrichtenorgan von Staat und Partei.

## Umbau des Staates

Als internationale Medien, Regierungen anderer EU-Staaten und die EU-Kommission das Gesetz kritisierten, reagierte Orbán erst mit beißendem Spott, wollte Korrekturen am Gesetz aber dann doch nicht ausschließen. Sie werden allerdings höchstens kosmetischer Natur sein, denn die Knebelung der Medien ist fester Bestandteil von Orbáns Umbau des Staates zum „System der nationalen Einheit“ mit den Tragsäulen „Arbeit, Heim, Familie, Gesundheit und Ordnung“. So steht es in einer Proklamation der Regierungspartei, die in einer Mindestgröße von 50 X 70 Zentimetern in allen Ämtern hängen muss. Unter dem Titel: „Es sei Friede, Freiheit und Eintracht“.

## Kritik unerwünscht

Fidesz hat keine Zeit verloren: Im ersten halben Jahr seiner Regierung beschloss das Parlament über hundert neue Gesetze und Verfassungsänderungen. Kein Stein bleibt auf dem anderen, denn es geht darum, „unsere Heimat stark und erfolgreich zu machen“. Wer nicht das hohe Lied der neuen Regierung singt, wer in den Verdacht links-liberaler Gesinnung gerät oder Orbáns Politik offen kritisiert, der muss mit Rufmord rechnen oder um seine berufliche Existenz fürchten.

Ungarische Medien schreiben von 12.500 Entlassungen in staatlichen oder staatsnahen Institutionen seit dem Regierungswechsel. Das Verfassungsgericht wurde entmachtet, der Rechnungshof mit Fidesz-Anhängern besetzt. Wo die Partei keinen direkten Zugriff hat, werden Finanzquellen trockengelegt. Die vielen kleinen Off-Theater in Budapest und der Provinz erhalten keine Subventionen mehr. Das Kulturressort gehört jetzt zum Superministerium „für nationale Ressourcen“ und fördert nur mehr, „was der Nation dient“. Besonders eilig hat es Orbán mit einer neuen Verfassung. Ursprünglich sollten alle Vorschläge bis Ende 2012 diskutiert werden, dann wurde die Frist auf Frühjahr 2011 verkürzt, das Parlament erfuhr davon aus den Medien. In der Präambel der neuen Verfassung werden der christliche Charakter des Landes und die „Lehre der heiligen Krone“ verankert – einem aus dem Mittelalter stammenden Regelwerk über die Einheit des Landes und die Pflichten des Königs.

## Zaghafte Proteste

Bisher war in Ungarn der Widerstand gegen die systematische Schwächung der Demokratie schwach. Die sozialistische Opposition im Parlament ist durch zahlreiche Korruptionsfälle während ihrer Regierungszeit diskreditiert, die Gewerkschaften sind zerstritten, die NGOs unbedeutend. Der Versuch, die Medien zu knebeln, und die Kritik aus Europa lässt die Ungarn nun langsam aktiv werden. Noch ist der Protest eher symbolisch. Auf der Straße demonstrieren Flashmobs mit 200 TeilnehmerInnen, auf Facebook entstehen Protestgruppen. Dennoch glaubt der Journalist Zsolt Bogár, dass daraus echter Widerstand entstehen könne. Die Regierung werde das Mediengesetz ändern müssen, „nicht jetzt, aber spätestens in einem halben Jahr“.

*Bernhard Odehnal*

### Buchtipp

Bernhard Odehnal ist Korrespondent des Schweizer „Tages-Anzeiger“. Gemeinsam mit Gregor Mayer schrieb er das Buch „Aufmarsch – die rechte Gefahr aus dem Osten“ (Residenzverlag 2010), in dem unter anderem der Aufstieg der ungarischen Nationalisten beschrieben wird.

*Franz C. Bauer bei der Demo für Medienfreiheit in Ungarn am 14.1.2011 in Wien.*

Foto: Herbert Pfarrhofer/APA/picturedesk.com

### Journalistengewerkschaft

„Das neue ungarische Mediengesetz schafft eine Zensurbehörde, die Medien mit existenzbedrohenden Strafen knebeln kann. Meinungsfreiheit bildet die Basis jeder Demokratie, und diese Meinungsfreiheit wird durch das neue Gesetz beseitigt.“

*Franz C. Bauer, Journalistengewerkschaft*

Foto: Dreamstime.com, Prometeus

# **Optimistisch** mit Vorbehalt

*Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsmarkt hat die Wirtschaftskrise dank Kurzarbeit und Konjunkturmaßnahmen gut verkraftet, die Arbeitsmarktzahlen sind im grünen Bereich. Trotzdem ist noch nicht alles gewonnen.*

Die Arbeitslosigkeit geht leicht zurück. Die Europäische Union lobt Österreich immer wieder für die vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote und vor allem für den Erfolg der Kurzarbeitsvereinbarungen. Tatsächlich gibt das Grund zu vorsichtigem Optimismus. Dank Arbeitsmarktpaketen und Konjunkturmaßnahmen sind die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Österreich weniger dramatisch ausgefallen als in anderen Ländern Europas. Besonders die Verlängerung der Maximaldauer der Kurzarbeit auf 24 Monate hat wesentlich dazu beigetragen, dass in vielen Betrieben Auftragsrückgänge abgefedert werden konnten.

**Mit der Sozialmilliarde könnten über 20.000 Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung und Pflege geschaffen werden.**

## Beschäftigungsrekord im Dezember 2010

Insgesamt waren 2010 inklusive Schulungen im Schnitt 323.972 Menschen in Österreich arbeitslos. Zieht man davon die TeilnehmerInnen an Schulungen ab, so waren es durchschnittlich 250.782 Personen. Das sind 3,7 Prozent oder fast 10.000 Arbeitssuchende weniger als 2009. Im Dezember 2010 gab es mit rund 3,3 Millionen aktiv Beschäftigten sogar einen neuen Beschäftigungsrekord. Die Arbeitslosenquote betrug im Vorjahr 6,9 Prozent bzw. nach EU-Berechnung 4,8 Prozent. Damit haben von allen EU-Staaten nur die Niederlande eine niedrigere Arbeitslosenquote. Besonders stark zurück ging die Arbeitslosigkeit bei Männern und in der Produktion. Auch bei den Jugendlichen sank die Arbeitslosigkeit. Einen Anstieg gab es dagegen bei älteren ArbeitnehmerInnen.

So erfreulich diese Zahlen auf den ersten Blick auch sind, einen Grund, sich entspannt zurückzulehnen, geben sie noch lange nicht. Denn nach wie vor liegen die aktuellen Zahlen deutlich über jenen vor Ausbruch der Wirtschaftskrise. Das Wirtschaftsforschungsinstitut prognostiziert eine Stagnation der Arbeitslosenzahlen auf gleichbleibend hohem Niveau für 2011. Noch pessimistischer sind die Einschätzungen des AMS, die für das heurige Jahr sogar wieder von einem leichten Anstieg der Arbeitslosig-

keit ausgehen. Erst ab 2013 werde es wieder weniger Arbeitssuchende in Österreich geben.

## Mehr Zeitarbeitskräfte

Obwohl viele Betriebe 2010 einen deutlichen Anstieg bei ihren Auftragseingängen verbuchen konnten, wurden Wiedereinstellungszusagen nur zum Teil eingelöst und stattdessen Zeitarbeitskräfte eingestellt. „Mehr als 7.000 gekündigte Arbeitskräfte sind so auf ihren Wiedereinstellungszusagen sitzen geblieben", kritisiert Karl Proyer, stellvertretender Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Das kann man nur verhindern, indem man gesetzlich regelt, dass Unternehmen erst dann Leiharbeitskräfte einstellen dürfen, wenn es am Arbeitsmarkt in der entsprechenden Branche keine verfügbaren Arbeitskräfte gibt."

## Strukturwandel

Nicht alle Veränderungen am Arbeitsmarkt lassen sich auf eine vorübergehende konjunkturelle Veränderung zurückführen. Die Wirtschaftskrise hat vielmehr einen bereits existierenden Trend hin zu einer anderen Struktur der Betriebe und zur Nachfrage nach Arbeitskräften beschleunigt: Der Dienstleistungssektor hat in seiner Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft stark zugenommen. Vor allem Dienstleistungen mit hoher Wissensintensität nehmen überproportional zu. Die klassischen Industriearbeitsplätze gehen insgesamt zurück, bleiben aber für die Gesamtwirtschaft dennoch wichtig. Auch die Industrie wird immer wissensbasierter – mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem Umweltbereich. Wenn der österreichische Arbeitsmarkt für die Zukunft krisenfester gemacht werden soll, muss es eine starke Fokussierung auf den Dienstleistungssektor geben. Der Sozialbereich bietet aufgrund seiner Konjunkturunabhängigkeit eine der größten Chancen dafür, den durch die Krise beschleunigten Strukturwandel nicht nur passiv geschehen zu lassen, sondern aktiv zu begleiten.

## Potenzial im Gesundheits- und Sozialwesen

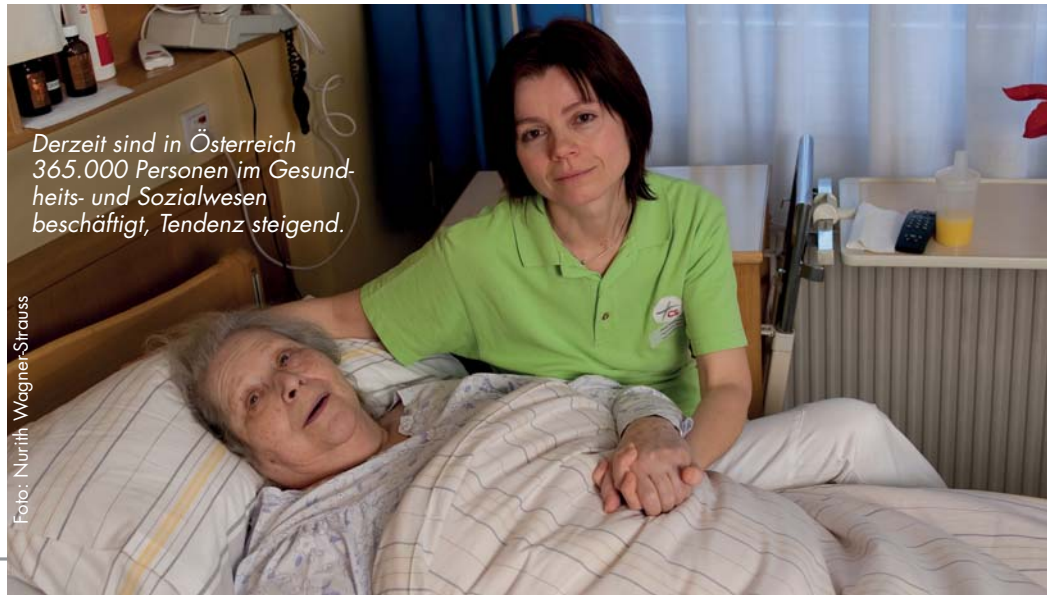
Alleine in der Langzeitpflege und Betreuung gäbe es ein enormes Potenzial und auch einen großen Bedarf – sowohl in der stationären als auch in der ambulanten und in der teilstationären Betreuung. Schätzungen gehen in Österreich von 150.000 bis zu 450.000 zusätzlichen zu Pflegenden bis ins Jahr 2030 aus. Schon derzeit sind in Österreich 365.000 Personen im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt, Tendenz steigend – im Sozialwesen im engeren Sinn und in der Kinderbetreuung sind es rund 150.000 Personen.

„Mit der von uns immer wieder geforderten Sozialmilliarde könnten 12.300 zusätzliche Vollzeit-Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung und fast 10.000 zusätzliche Vollzeit-Arbeitsplätze in der Pflege geschaffen werden", betont GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. Mittelfristig würden über höhere Steuereinnahmen und geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit zwei Drittel der Ausgaben wieder in die öffentlichen Budgets zurückfließen. Ein erster konkreter Schritt zur Umsetzung dieses Ziels muss eine Zweckwidmung eines Teils der zusätzlichen Steuereinnahmen für die Länder sein.

## Auslaufen der Übergangsfristen

Eine andere große Herausforderung ist das Auslaufen der Übergangsfristen für die neuen EU-Mitgliedsstaaten im Mai 2011 und die damit verbundene Öffnung des Arbeitsmarkts. Um darauf gut vorbereitet zu sein, soll noch im Frühjahr das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz verabschiedet werden. „Mit dem Auslaufen der Übergangsfristen für die neuen Mitgliedsstaaten sind viele Mythen und Ängste verbunden, die vor allem von den Rechten immer wieder missbraucht werden. Ein realistischerer Blick auf die neue Situation wäre, ohne die kurzfristig entstehende Konkurrenzsituation am österreichischen Arbeitsmarkt herunterzuspielen, ein wichtiger Schritt", gibt Wolfgang Katzian zu bedenken. Denn das Ende der Übergangsfristen bringt auch viele Vorteile und vor allem die Chance, einen neuen Vorstoß zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Lohndumping zu unternehmen.

*Lucia Bauer*



*Derzeit sind in Österreich 365.000 Personen im Gesundheits- und Sozialwesen beschäftigt, Tendenz steigend.*

Foto: Nurith Wagner-Strauss

Foto: Fotolia.com

*Jugendvertrauensrätinnen wissen, wo der Schuh drückt.*

# Jung und engagiert

*Wahlen. Sie setzen sich im Betrieb für die Interessen der Lehrlinge und der jugendlichen ArbeitnehmerInnen ein: die Jugendvertrauensrätlnnen. 2011 traten einige Neuerungen in Kraft.*

JugendvertrauensrätInnen – kurz JVR – sind die Interessenvertretung der jungen Menschen im Betrieb. Mit Jahresbeginn 2011 wurde die gesetzliche Grundlage für ihre Wahl geändert. Hier die wichtigsten Neuerungen:

Sobald in einem Betrieb dauerhaft mehr als fünf jugendliche ArbeitnehmerInnen beschäftigt sind, muss ein JVR als betriebliche Interessenvertretung für die jungen Menschen gewählt werden. Als jugendliche ArbeitnehmerInnen gelten alle Beschäftigten unter 18 und seit 1. Jänner nun auch alle Lehrlinge, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

## Mehr Jugendvertrauensräte

Bisher galten auch Lehrlinge nur bis zu ihrem 18. Geburtstag als jugendliche ArbeitnehmerInnen. „Durch die neue Regelung wird es daher in wesentlich mehr Betrieben möglich sein, einen Jugendvertrauensrat zu wählen, da sich viele Jugendliche erst mit 17 oder 18 entscheiden, eine Lehre zu beginnen“, freut sich GPA-djp-Bundesjugendvorsitzender René Pfister.

Neu ist außerdem, dass nun alle ArbeitnehmerInnen als JugendvertrauensrätInnen des Betriebes gewählt werden können, die das 23. Lebensjahr – bisher: das 21. Lebensjahr – noch nicht vollendet haben. „Auch hier eröffnen sich ganz neue Möglichkeiten, da nun auch ältere Lehrlinge und junge ArbeitnehmerInnen als JVR kandidieren können“, meint Pfister.

## Ablauf der Wahl

Um eine JVR-Wahl abhalten zu können, muss zuerst eine Jugendversammlung einberufen und durchgeführt werden. Dabei wird ein Wahlvorstand gewählt und die jugendlichen ArbeitnehmerInnen werden über die Wahl informiert. Danach müssen Wahlvorschläge eingebracht und die Wahl vorbereitet (WählerInnenverzeichnis, Stimmzettel, Wahlurnen, ...) werden. Die eigentliche Wahl findet erst vier Wochen nach der Jugendversammlung statt.

Die Rechte und Pflichten der JVR entsprechen im Wesentlichen denen eines Betriebsratsmitglieds: Sie vertreten die wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Interessen der jugendlichen ArbeitnehmerInnen im Betrieb. Neu ist, dass JVR nun auch zu den BR-Sitzungen einzuladen sind – bislang war das keine Verpflichtung für den Betriebsrat. Sie können Vorschläge bei der Berufsausbildung und der beruflichen Weiterbildung machen.

## Erfahrungen sammeln

Wozu einen JVR wählen? „Ganz einfach“, erklärt René Pfister, „da nur Personen unter 23 Jugendvertrauensrat werden können, sind diese in der gleichen Altersgruppe wie die Kollegen, die sie vertreten sollen. Das bedeutet, sie wissen, wo der Schuh drückt, und verstehen die Anliegen ihrer KollegInnen sehr gut.“ Pfister, heute Betriebsrat bei der AUA und einst selbst JVR, sieht das vor allem auch als gute Schule für Demokratieverständnis und Interessenvertretung: „Manchmal werden JugendvertrauensrätInnen im späteren Arbeitsleben auch selbst Mitglied des Betriebsrates und können dort ihre Erfahrungen und ihr Wissen einbringen!“ ■

*Barbara Lavaud*

Foto: GPA-djp

# Ist-Erhöhung in der IT-Branche

*KV-Abschluss. GPA-djp und Arbeitgeberverband einigen sich auf neues Gehaltserhöhungsmodell.*

„Es war ein langer Kampf – aber jetzt haben wir die Ist-Gehaltserhöhung mit einem neuen Modell endlich durchgesetzt!", freut sich Karl Proyer, Chefverhandler und stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Dieses sehr flexible Modell berücksichtigt sowohl die Interessen der großen als auch der zahlreichen kleinen IT-Betriebe in Österreich", erklärt Proyer. Damit erweist sich die IT-Wirtschaft als Vorreiter bei der Entwicklung neuer Gehaltsmodelle.

Die Eckdaten: Die Gehaltssumme aller ArbeitnehmerInnen, die zwischen 1. Oktober 2010 und 30. September 2011 in der IT-Branche beschäftigt sind, muss bis 31. Dezember 2011 um 1,9 Prozent (= Ist-Erhöhung) angehoben werden. Die Mindestgrundgehälter und die Lehrlingsentschädigung wurden mit Anfang 2011 um 2,1 Prozent erhöht. Weiters wurde die Berufseinsteiger-Regelung auf ein Jahr ausgedehnt und eine Anpassung der Wochenarbeitszeit vereinbart.

Alle Details zum neuen IT-Kollektivvertrag sind auf der Homepage nachzulesen unter:
**www.gpa-djp.at**

## Gesundheits- und Sozialberufe: Plus 2 %

Der Kollektivvertrag für die etwa 80.000 Beschäftigten im privaten Gesundheits- und Sozialbereich konnte im Jänner nach schwierigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden: Die kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter steigen um zwei Prozent, die Ist-Löhne und Gehälter um 1,85 Prozent, ebenso die kollektivvertraglichen Zulagen und die Ist-Zulagen.

Der Abschluss ist mit Anfang Februar 2011 in Kraft getreten und gilt für zwölf Monate. „Wir konnten für die Beschäftigten damit die Abgeltung der Teuerung und einen leichten Reallohnzuwachs erzielen", freut sich GPA-djp Verhandlerin Eva Scherz.

## Etappenerfolg der Initiative Kilometergeld

Die Unterschriftenaktion der Interessengemeinschaft work@external hat eine Kürzung des Kilometergeldes verhindert: „6.000 Unterschriften und der offene Brief an den Bundeskanzler und den Finanzminister haben zu einem ersten Erfolg geführt", freut sich der Vorsitzende der IG für Außen- und Mobildienste, Gerhard Prochaska, über einen Etappensieg. In den Budgetbegleitgesetzen ist nun ein unbefristetes amtliches Kilometergeld von 42 Cent vorgesehen. Damit sind zwei wichtige Forderungen der GPA-djp erfüllt: „Es konnten eine Kürzung verhindert und die Befristung beendet werden", so Prochaska.

Die Erhöhung der Mineralölsteuer und weitere Preisschübe bei Treibstoff, Versicherungen und Reparaturen werden die tatsächlichen Kilometerkosten auf 50 Cent hinauf treiben. Prochaska fordert daher als nächsten Schritt eine Entkoppelung der Steuerfreiheit vom amtlichen Kilometergeld und eine Anbindung an den Index der Statistik Austria.

Mehr dazu auf
**www.gpa-djp.at/external**

*Im Dezember 2010 demonstrierte das Bodenpersonal der AUA in der Abflughalle im Flughafen Wien.*

# AUA: Erfolgreicher Arbeitskampf

*KV-Konflikt. Erst nach einer Urabstimmung mit überwältigender Zustimmung zu Kampfmaßnahmen wurde der Kollektivvertragsabschluss für die technischen und kaufmännischen Angestellten der Austrian Airlines möglich.*

Vor einigen Wochen hätte wohl niemand mit einem derart harten Kampf um eine Gehaltserhöhung gerechnet. Den rund 2.700 Angestellten (Bodenpersonal) der AUA blies seit der Übernahme durch die Lufthansa ein rauer Wind ins Gesicht: Ein massiver Personalabbau bei gleichzeitiger Steigerung der Passagierzahlen hatte eine starke Arbeitsverdichtung zur Folge. Dazu kam ein Sparpaket in Höhe von fünf Prozent des Personalaufwandes. Für das Jahr 2011 erwarteten die Beschäftigten daher zumindest eine moderate Gehaltserhöhung als Abgeltung für die erbrachten Leistungen. Das Management des Unternehmens sah das offenbar anders.

**Der Abschluss war ein wichtiges Signal gegenüber dem Eigentümer Lufthansa.**

## Proteste am Flughafen

Der Vorstand legte zunächst ein Angebot vor, das eine Gehaltserhöhung nur in Verbindung mit deutlichen Verschlechterungen bei den Abfertigungen vorsah. Dieser Vorschlag führte bereits Anfang Dezember zu ersten heftigen Protesten der Belegschaft am Flughafen Wien. Am 2. Dezember beteiligten sich etwa 1.600 Angestellte an einem Sternmarsch und einer Betriebsversammlung. Nach einer Fortsetzung der Betriebsversammlung und einer Wiederaufnahme der Verhandlungen am 9. Dezember legte der Vorstand ein neuerliches Angebot vor, das eine Inflationsabgeltung nur bis zu einem Einkommen von 2.000 Euro vorsah. Dies hätte bedeutet, dass eine Mehrheit der Beschäftigten zusätzlich zu den bisherigen Einbußen durch das Sparpaket einen weiteren Kaufkraftverlust hätte verkraften müssen.

### Urabstimmung

Beteiligung: **62,2 Prozent**

Ablehnung des Arbeitgeber-Angebotes: **82,7 Prozent**

Unterstützung gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen: **80,8 Prozent**

Die Antwort der Belegschaft kam postwendend: Am 13. Dezember demonstrierten neuerlich über 1.000 Beschäftigte am Flughafen Schwechat. Bei einer darauf folgenden Betriebsversammlung vereinbarten sie die Durchführung einer Urabstimmung über eine Zustimmung zum vorliegenden Angebot des Vorstandes. Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen wurde eine Beteiligung an gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen beschlossen.

## Lufthansa-Boss gießt Öl ins Feuer

Öl ins Feuer goss der Lufthansa-Chef Wolfgang Mayrhuber. Im Rahmen einer Abschiedstournee vor JournalistInnen brachte er unmissverständlich zum Ausdruck, dass er keinerlei Möglichkeiten für eine Inflationsabgeltung für die AUA-Beschäftigten sehe. Diese Haltung gegenüber den Leistungen der Beschäftigten und ihren berechtigten Anliegen heizte die Stimmung in der Belegschaft erst recht an. Viele stellten sich die Frage, warum Vorstände ohne die Zustimmung des Aufsichtsrates Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe tätigen können, warum es kein Problem darstellt, allen ausscheidenden Vorständen eine Millionenabfertigung auszuzahlen, und warum kürzlich ein dritter Vorstand engagiert wurde – aber bei Gehaltsverhandlungen plötzlich der Notstand im Unternehmen ausbricht, wenn der Mehraufwand 200.000 bis 350.000 Euro beträgt.

## Überwältigende Beteiligung an Urabstimmung

Das eindeutige Ergebnis der Urabstimmung, das am 5. Jänner 2011 vorlag, brachte den Durchbruch in den Verhandlungen. „Die Urabstimmung brachte ein überwältigendes Ergebnis, das den Kollektivvertragsabschluss möglich gemacht hat. Die Bedeutung des Abschlusses reicht über diese KV-Runde hinaus: Durch die Nachhaltigkeit wurde über die Jahre gerechnet ein beträchtlicher Geldbetrag für die Beschäftigten gesichert. Er war außerdem ein wichtiges Signal gegenüber dem Eigentümer Lufthansa. Wenn wir bei dieser Runde nicht ordentlich dagegengehalten hätten, dann bräuchten wir in der Zukunft gar nicht mehr anzutreten“, erklärt der Vorsitzende des Angestelltenbetriebsrates der AUA, Alfred Junghans.

Auch für die GPA-djp war dieser Erfolg richtungsweisend: „Wenn man sich auf eine Strategie, die auf Mobilisierung und Beteiligung setzt, einlässt, geht man natürlich auch ein gewisses Risiko ein. Das Resultat der Auseinandersetzung zeigt, dass der oft schon totgesagte Wert der Solidarität aktueller ist denn je“, so der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp Karl Proyer. ■

*Martin Panholzer*

*BR-Vorsitzender Alfred Junghans (3. v. r.) und das Betriebsratsteam (Bodenpersonal) der AUA*

### KV-Abschluss

- Erhöhung der Gehälter je nach Einkommenshöhe um 35 bis 45 Euro. Die Erhöhung wurde größtenteils noch mit Wirkung Dezember-Gehalt 2010 ausgezahlt.
- 1.300 Euro Mindestgrundgehalt umgesetzt.
- Ab 1. Jänner 2012 werden die Gehälter für die Laufzeit bis 31. Dezember 2012 um den Verbraucherpreisindex 2011 erhöht.
- Gewinnabhängige Prämie in Aussicht: Sollte die AUA im Jahr 2011 ein positives operatives Ergebnis von mindestens 50 Mio. Euro erzielen, erhalten die MitarbeiterInnen zusätzlich eine Einmalzahlung von 700 Euro.

Foto: Lebenshilfe Graz

*Zu Hause in vertrauter Umgebung fällt den Kindern das Lernen leichter. Lebenshilfe-Betreuerin Kathrin Lampl mit einem Klienten.*

# Aus für besondere Bedürfnisse?

*Förderung und Betreuung. Gerade bei Kindern sollte nicht gespart werden. Doch die mobilen Dienste der Lebenshilfe Steiermark fallen jetzt den Budgetkürzungen zum Opfer.*

Der Mobile Dienst „Individuelle Entwicklungsförderung und Familienbegleitung“ (IEF) der Lebenshilfe fördert Kinder mit besonderen Bedürfnissen im schulpflichtigen Alter. Viele von ihnen haben z. B. Autismus, Down-Syndrom oder ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung). Für ihre Entwicklung brauchen sie viel Zeit, um kleine Schritte in Richtung selbstbestimmtes Leben zu gehen. Zeit, die ihnen Eva Ebner auch widmet. Ebner ist mobile Entwicklungsförderin der Lebenshilfe Graz und Umgebung – Voitsberg (GUV), unternimmt Hausbesuche und bemüht sich nach allen Kräften, die ihr anvertrauten Kinder zwischen 6 und 16 Jahren individuell zu fördern.

„Zu Hause in vertrauter Umgebung fällt den Kindern das Lernen leichter. Im Sommer habe ich mit einem Buben gearbeitet, der an Autismus leidet. Am Ende des Sommers ist er schon so weit gewesen, dass er anderen Kindern auf die Frage, ob er mitspielen will, mit ‚Ja, machen wir‘ geantwortet hat", berichtet Ebner. Wer sich ein wenig mit Autismus beschäftigt hat, weiß, wie schön dieser Augenblick für die Betreuerin und die Eltern gewesen sein muss.

Nicht bloß für die Kinder ist der Heimvorteil entscheidend, auch die BetreuerInnen profitieren vom Einblick in das unmittelbare Lebensumfeld der Familien: „Häufig sind die Eltern eines behinderten Kindes überfordert und brauchen Tipps und Anregungen für den Alltag“, weiß Eva Ebner, die freilich auch eng mit den Eltern zusammenarbeitet.

Durch die positiven Lerneffekte und Aktivitäten – etwa auf einem nahe gelegenen Spielplatz – werden die Kinder vom mobilen Dienst in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt. Schritt um Schritt werden Beziehungen zu den Entwicklungsförderern aufgebaut – nur Vertrauen schafft auch Fortschritte. Und jeder Schritt vorwärts kostet Geld. Statt weiter voran zu gehen, will jetzt das Land Steiermark Einsparungen vornehmen.

## Kaputtsparen

Wegen Budgetkürzungen der Landesregierung soll jetzt die Entwicklungsförderung zur Gänze eingestellt werden. Davon sind 37 Arbeitsplätze der Lebenshilfe Graz betroffen. Geht es nach den Sparplänen des Landes, werden bald keine BetreuerInnen wie Eva Ebner

mehr zu den Kindern nach Hause kommen können. „Wir hoffen natürlich nicht, dass die Budgetkürzung in dieser Härte durchgeführt wird. Wie es derzeit aussieht, ist das die Ausradierung einer Dienstleistung“, erklärt Monika Fließer, Betriebsrätin der Lebenshilfe GUV.

Von den 37 Beschäftigten sind 36 Frauen. „Die meisten von ihnen haben kleine Beschäftigungsausmaße, die von einem existenzsichernden Einkommen weit entfernt sind“, beschreibt Fließer die Lage. Für die betroffenen KollegInnen fordert der Betriebsrat vom Unternehmen einen Sozialplan, der die Härten des Arbeitsplatzverlustes mindert. Diesbezügliche Gespräche haben bereits stattgefunden.

Einsparen und streichen ohne inhaltliche Diskussion? Über 100 Kinder und auch deren Familien sind steiermarkweit betroffen. Ein Jahrzehnt Aufbauarbeit soll einfach zerstört werden. Durch die Einsparungen werden auch speziell ausgebildete MitarbeiterInnen bald ohne Job sein, betroffene Kinder ohne Betreuung und Eltern ohne notwendige Unterstützung und Beratung. Eva Ebner etwa ist ausgebildete Kindergartenpädagogin, Sozial- und Sonderpädagogin, Suchtberaterin und Legasthenietrainerin.

## Unterstützung für Eltern

Für die Eltern der Kinder erreicht die Belastungsgrenze damit wieder ein Maximum. Wirkt das Verhalten eines Kindes für die Umwelt verstörend, sind die Eltern oft Verständnislosigkeit ausgesetzt. Ein Wochenende auszuspannen ist kaum möglich. „Wenn sich ein Kind nicht ‚normal‘ verhält und zum Beispiel lange schreit, glauben viele Menschen, dass ein Erziehungsfehler daran schuld ist“, erzählt Michaela Sulzer, Entwicklungsförderin der Lebenshilfe Graz. Zumeist sind die Entwicklungsförderinnen der Lebenshilfe eine wichtige Anlaufstelle für betroffene Eltern. Von stärkenden Gesprächen, konkreten Taten bis hin zu Tipps, wie Kinder abseits des „klassischen Lernens“ – etwa durch Spiele – dazulernen können, reicht die Eltern-Unterstützung der Lebenshilfe.

In ihrer Arbeit hat Michaela Sulzer schon viele kleine und große Erfolge erzielt: Eines „ihrer“ Kinder, Franz, hat ADHS. Seit einigen Wochen braucht er weniger Medikamente, weil er so große Fortschritte gemacht hat. Das Ziel: Franz soll bald ohne Medikamente leben können. Ohne Entwicklungsförderung wird das Kind jedoch weiter auf pharmazeutische Hilfe angewiesen sein.

## Folgen für die Zukunft

Die mobilen Dienste sind mehr als nur wichtig: Ihre Arbeit erspart der Gesellschaft in der Zukunft Geld. Denn alles, was im Kindesalter versäumt wird, kann in späteren Jahren nicht so einfach aufgeholt werden. Was die Kinder jetzt von den EntwicklungsförderInnen lernen, wird sie so gut wie möglich in ein weitgehend selbstbestimmtes Leben führen. Betriebsrätin Fließer beklagt: „Es ist absolut kurzsichtig, das Programm einzusparen." Wenn ein Kind lernt, sich alleine anzukleiden und die Schuhe zuzubinden oder ein Brot zu schneiden, so erleichtert das nicht nur sein Leben, sondern auch das seiner Familie. Viele lernen erst durch die Unterstützung der Entwicklungsförderin richtig lesen, auch das ist ein wichtiger Schritt zu einer besseren Lebensqualität. „Die Folgen dieser geplanten Einsparungen werden später Mehrkosten verursachen, denn eine Basisförderung hat eben die beste Wirkung, wenn sie möglichst früh einsetzt“, ergänzt Entwicklungsförderin Michaela Sulzer.

**Die Arbeit der mobilen Dienste erspart der Gesellschaft in der Zukunft Geld.**

„Volkswirtschaftlich gesehen ist dieses Sparpaket Geldvernichtung pur. Einerseits wurde bereits viel Geld für den Aufbau der Dienstleistung in die Hand genommen und andererseits wird die öffentliche Hand in naher und ferner Zukunft mehr Geld, als sie sich heute erspart, einsetzen müssen“, geht Monika Fließer mit den Sparmaßnahmen hart ins Gericht. „Durch die vorenthaltene Förderung werden viele dieser Kinder nie einem Beruf nachgehen können. Anstatt ins System einzuzahlen, werden sie Geldleistungen aus dem System brauchen.“ ■

*Christian Resei*

Foto: Nurith Wagner-Strauss

*(V. l. n. r.) Eva Ebner, Entwicklungsförderin Region Voitsberg; Monika Fließer, Betriebsratsvorsitzende; Michaela Sulzer, Entwicklungsförderin Graz*

*Trainerin Astrid Kaindl mit Deutsch Lernenden.*

# Beruf: **DeutschtrainerIn**

*Bildung. Gute Deutschkenntnisse sind ein Baustein für das Gelingen von Integration. Die SprachtrainerInnen arbeiten aber oft schlecht bezahlt und nicht ausreichend sozial abgesichert.*

Andrea Schober sieht einen Meilenstein erreicht: Seit Oktober gilt an allen privaten Bildungsvereinigungen ein einheitlicher Kollektivvertrag, kurz BABE-KV genannt. BABE, das ist die Berufsvereinigung der ArbeitgeberInnen privater Bildungseinrichtungen. Schober ist in der GPA-djp für die Interessengemeinschaft work@education zuständig. Sie vertritt jene rund 9.000 ArbeitnehmerInnen, die österreichweit in über 500 privaten Bildungseinrichtungen tätig sind. Ein Teil von ihnen unterrichtet Deutsch.

## Ungleiche Arbeitsverhältnisse

Die Branche kennt derzeit drei verschiedene Arten von Arbeitsverhältnissen: TrainerInnen, die angestellt sind, WerkvertragsnehmerInnen und freie DienstnehmerInnen. „Der Trend geht nun in Richtung Anstellung", freut sich Schober, „auch deswegen, weil vielfach nachgewiesen werden konnte, dass es sich um keine freien Tätigkeiten, sondern um Umgehungsverträge gehandelt hat." Natürlich gebe es TrainerInnen, die berechtigterweise frei arbeiten – aber das Gros übe die Unterrichtstätigkeit vollberuflich aus.

Gudrun Konrad sieht die Branche in einem großen Wandel. „Vor zehn, 20 Jahren hatten wir KursteilnehmerInnen, die vorrangig aus der Türkei oder dem ehemaligen Jugoslawien kamen. Heute kommen sie aus aller Welt und die Bildungsniveaus sind sehr unterschiedlich. Die einen haben Matura, die anderen stammen aus Kriegsgebieten und hatten nie die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen." Konrad ist nicht nur Vorsitzende des Bundesausschusses work@education, sondern auch Teamleiterin der Hauptschulabschluss-Lehrgänge für Jugendliche an der Volkshochschule 16 in Wien.

## Niedrige Honorare

Lernende aus verschiedensten Ländern mit unterschiedlicher Vorbildung – das bedeutet für die SprachtrainerInnen auch erhöhte Anforderungen. „Nach einem Lehrbuch zu unterrichten, das funktioniert hier nicht. Man muss sich immer wieder neue, auf die Teilnehmer zugeschnittene Materialien zusammenstellen." Das bedingt eine zeitintensive Vorbereitung des Unterrichts. Für Lehrende, die als freie DienstnehmerInnen nach Stunden bezahlt werden, ist diese Arbeit bereits im Honorar inkludiert. Dieses beträgt je nach Kursanbieter

um die 20 Euro, manchmal etwas mehr, manchmal etwas weniger. Auch nur 13 Euro würden von manchen Auftraggebern bezahlt, erzählt Konrad.

Bei angestellten SprachtrainerInnen ist je Unterrichtseinheit eine bestimmte Zeiteinheit an Vorbereitung vorgesehen. Klar geregelt ist das im BABE-KV allerdings nicht. Hier ist zwar bezahlte Vor- und Nachbereitung festgeschrieben, doch es wird kein exakter Schlüssel – etwa analog dem Werteinheitenmodell für AHS-LehrerInnen – genannt. Viele Institute handhaben dies so, dass 20 Prozent der Arbeitszeit für die Vorbereitung aufgewandt werden. Aus der Sicht Konrads ist das allerdings „deutlich zu wenig".

## Freie Dienstnehmerin

Astrid Kaindl ist eine der Deutsch-Lehrenden, die an der VHS 16, aber auch an anderen Bildungseinrichtungen unterrichtet. Sie ist derzeit freie Dienstnehmerin, wird also nach Stunden bezahlt, ist aber kranken-, pensions- und arbeitslosenversichert. Was sie nicht erhält ist Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Und auch bezahlten Urlaub gibt es keinen. Ist die Lücke zwischen Kursen zu lang, etwa in der Ferienzeit, meldet sie sich arbeitslos.

**Bildung ist keine Ware, die gewinnorientiert verkauft wird.**

## Frei oder angestellt?

Den BABE-KV sieht sie grundsätzlich positiv, „weil er eine gewisse soziale Absicherung bietet". Wenn sie um sich schaue, sei aber die Mehrheit der TrainerInnen immer noch frei tätig. Schlecht sei zudem das Einstiegsgehalt bei diesem KV: Dieser sieht ein Einstiegsgehalt von knapp 1.900 Euro brutto vor.

Schober gibt hier allerdings zu bedenken: Freie DienstnehmerInnen bekämen eben kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld, im Krankheitsfall ein verringertes Krankengeld und hätten keinen bezahlten Urlaub. Das müsse hier alles gegengerechnet werden. Sie ist daher überzeugt davon, dass die meisten TrainerInnen in einem Angestelltenverhältnis besser aussteigen.

Viele Einrichtungen, allen voran das Arbeitsmarktservice, fordern von ihren TrainerInnen postgraduale Ausbildungen im Bereich Deutsch als Fremdsprache (DaF) und Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Einige Jahre lang gab es daher einen regelrechten Run auf die Ausbildung, vor allem von Absolventen geistes- und kulturwissenschaftlicher Studien. Das Überangebot an Lehrenden habe hier natürlich den Preis gedrückt. Inzwischen kommen nicht mehr so viele Leute nach, erzählt Kaindl. „Es hat sich wohl herumgesprochen, dass nicht gut bezahlt wird."

## Berufsbild

Kaindl unterrichtet bereits seit rund 20 Jahren Deutsch als Fremdsprache – und mag ihren Beruf immer noch gerne. „Es ist immer wieder erfrischend, wenn die Kursteilnehmer dann zu reden anfangen. Es ist ja schon eine Herausforderung, eine Sprache zu unterrichten, wenn es davor keine gemeinsame Sprache gibt." Was ihr nicht behagt, sind Versuche einzelner Bildungsanbieter, hier Profit zu machen. „Bildung ist keine Ware, die gewinnorientiert verkauft wird."

Als freie Dienstnehmerin würde sich Kaindl vor allem eine Erhöhung der Stundensätze wünschen – und eine extra bezahlte Vorbereitungszeit. Die Honorare seien lange nicht erhöht worden, teilweise sogar gesunken.

Wie viele DeutschtrainerInnen in Österreich heute tätig sind, ist schwer zu eruieren. Der Österreichische Verband für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache (ÖDaF) hat knapp 500 Mitglieder. Nicht alle TrainerInnen sind hier allerdings organisiert. Insgesamt ist die Branche auch durch eine hohe Fluktuation gekennzeichnet, so Schober. Den typischen DaF- und DaZ-Trainer gibt es nicht: Die einen jobben neben dem Studium, die anderen neben dem Grundberuf Lehrer, viele haben heute aber einen Hauptberuf daraus gemacht, unterrichten dann oft an verschiedensten Einrichtungen, um ihre Existenz fristen zu können. ■

*Alexia Weiss*

### Die IG work@education

Die Interessengemeinschaft work@education in der GPA-djp betreut all jene, die haupt- oder nebenberuflich an Fachhochschulen, Universitäten oder anderen Institutionen der Erwachsenenbildung arbeiten. Mehr Infos auf **www.gpa-djp.at/interessengemeinschaft**

Foto: Nurith Wagner-Strauss

Foto: GPA-djp OÖ

*Rund 1.000 Betroffene protestierten im Oktober 2010 vor dem Linzer Landhaus gegen die Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes.*

# Qualitätsverlust

*Kinderbetreuung. Die GPA-djp Oberösterreich befürchtet kürzere Öffnungszeiten und fordert Verbesserungen für die Beschäftigten.*

Seit einer Gesetzesnovelle 2009 finanziert das Land Oberösterreich die Kinderbetreuungseinrichtungen erst ab einer bestimmten Gruppengröße. In Randzeiten – d. h. frühmorgens und am späten Nachmittag – kann diese oft nicht erreicht werden. Die Kosten für die Betreuung in den Randzeiten müssen die privaten Träger und die Gemeinden übernehmen. Das wiederum führt zu massivem Druck auf die Beschäftigten, zu Stundenkürzungen und Dienstvertragsänderungen. Die Folge: Qualitätsverlust in der Betreuung, die Öffnungszeiten sind in Gefahr. Es sind somit Personal, Kinder und Eltern betroffen.

„Die Novelle des Kinderbetreuungsgesetzes ist aus unserer Sicht missglückt", protestiert der gf. Regionalgeschäftsführer der GPA-djp OÖ, Andreas Stangl. Entrüstet ist er auch darüber, dass die Gpa-djp OÖ als zuständige Interessensvertretung für die Beschäftigten in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen von den Dienstrechtsverhandlungen beim Land OÖ ausgeschlossen ist. Stangl: „Wir fordern eine ‚Novelle der Novelle' unter Einbeziehung der Sozialpartner."

## Protestkundgebung

Bereits im Oktober riefen die Gewerkschaften GPA-djp und GdG-KMSfB und die Berufsvereinigung der KindergartenpädagogInnen zu einer Protestkundgebung vor dem Büro der zuständigen Landesrätin Doris Hummer auf, da weder sie noch der Landeshauptmann auf die Beschwerden der Beschäftigten angemessen reagiert hatten.

KindergartenpädagogInnen und HelferInnen kämpfen seit Jahren für ein besseres Dienstrecht und ein angemessenes Gehalt. „Sie leisten mit ihrer Arbeit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Wegen der Stundenkürzungen verdienen viele nun noch weniger", kritisiert Stangl. Die GPA-djp verlangt höhere Einstiegsgehälter, mehr Vorbereitungszeit, eine bestimmte Stundenanzahl an Freistellung für LeiterInnen, Verbesserungen beim Urlaub und der Fortbildung, die Möglichkeit eines Sabbaticals und klare Arbeitszeitregelungen.

## Zu kurze Öffnungszeiten

Im oberösterreichischen Landtagswahlkampf 2009 wurde von der Politik der beitragsfreie Kindergartenbesuch für alle Zweieinhalb- bis Sechsjährigen beschlossen. Trotz vieler Fortschritte bei den Betreuungsangeboten bleibt es für viele Eltern schwierig, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. In 47 Prozent der Gemeinden ist der Kindergarten weniger als acht Stunden täglich geöffnet.

Es ist klar, dass ohne genügend Geld weder die Qualität noch die Öffnungszeiten garantiert werden können. „Die Folgen sind absehbar und teilweise schon spürbar: Sowohl in privaten als auch in öffentlichen Einrichtungen wurden den Beschäftigten bereits Stunden gekürzt – Stunden, die für eine gute Betreuung der Kinder aber dringend notwendig wären. Diese Beschränkung der Öffnungszeiten ist absolut kontraproduktiv", empört sich Andreas Stangl.

*Eva Kacar*

Foto: Dreamstime, Matka Wariatka

# Pflegefreistellung

*Grippezeit: Wann besteht Anspruch auf Freistellung?*

Jetzt in der Winterzeit häufen sich Grippe und andere Viruserkrankungen, oft brauchen die PatientInnen häusliche Pflege. Wenn ein/e nahe/r Angerhörige/r im gemeinsamen Haushalt erkrankt ist und Pflege benötigt, besteht Anspruch auf Freistellung von der Arbeit bei Fortzahlung des Entgelts. Als „nahe/r Angehörige/r" gelten Ehegattin/-gatte, eingetragene/r PartnerIn, Lebensgefährte, Kinder (auch Wahl- und Pflegekinder), Eltern, Groß- und Urgroßeltern sowie Enkel und Urenkel.

ArbeitnehmerInnen haben pro Arbeitsjahr für eine Woche Anspruch auf Entgeltfortzahlung, unabhängig vom Alter des/der erkrankten Angehörigen. Für maximal eine zweite Woche besteht der Entgeltfortzahlungsanspruch, wenn ein Kind (auch Wahl- oder Pflegekind) unter zwölf Jahren neuerlich erkrankt ist.

Dem Arbeitgeber muss rechtzeitig mitgeteilt werden, dass Pflegefreistellung in Anspruch genommen wird, der entsprechende Nachweis muss erbracht werden. Wird diese Bestätigung vom Arbeitgeber als Nachweis verlangt, muss er auch die Kosten dafür übernehmen. Der Anspruch auf Pflegefreistellung ist zwar im Urlaubsrecht geregelt, ist aber kein Urlaubsanspruch und muss daher mit dem Arbeitgeber nicht vereinbart werden!

Mehr Infos zur Pflegefreistellung auf **www.gpa-djp.at**

## Steuertipps für ArbeitnehmerInnen

Jedes Jahr lassen ArbeitnehmerInnen viel Geld liegen, weil sie ihre steuerlichen Möglichkeiten nicht ausnützen. Dabei ist es nicht schwer, die ArbeitnehmerInnenveranlagung zu machen. In zehn einfachen Schritten wird in der AK-Broschüre „Steuer sparen 2010" gezeigt, wie man sich Geld vom Finanzamt zurückholen kann.

Die Broschüre gibt es online auf **www.arbeiterkammer.at** in der Rubrik „Steuer und Geld" gratis zum Download!

## Broschüre: Altersteilzeit

Seit 2000 ermöglicht die Altersteilzeit älteren ArbeitnehmerInnen einen gleitenden bzw. früheren Übergang in den Ruhestand. Nach langen politischen Debatten wurde die Altersteilzeit nun mit 1. Jänner reformiert. Das Mindestalter für die Altersteilzeit wird bei 53 Jahren für Frauen und 58 Jahren für Männer „eingefroren". Eine schrittweise Anhebung des erforderlichen Alters wird nun doch nicht kommen.

Längere Altersteilzeitvereinbarungen von bis zu sieben Jahren sind somit weiterhin möglich. Gesichert bleibt auch, dass ein Anspruch auf Korridorpension für die Dauer von einem Jahr kein Hindernis für die Altersteilzeit darstellt und somit Abschläge bei der Pensionsberechnung gemindert werden.

Die Broschüre gibt einen Überblick zu den Eckpunkten und berücksichtigt alle mit 1. Jänner in Kraft getretenen Neuerungen.

Die Broschüre downloaden **www.gpa-djp.at/wirtschaftundsoziales** oder bestellen **grundlagen@gpa-djp.at**

Foto: fotoexodo , Fotolia.com

# Urlaubsangebote

*Ob ein paar Tage entspannen, Städte erkunden oder Ferien mit der Familie in einem Mobilheim an den schönsten Reisezielen Europas, mit der GPA-djp CARD gibt's Vorteilspreise.*

© homair.de

## Homair Mobilheimferien

Urlaub in komplett ausgestatteten Mobilheimen. Wählen Sie aus mehr als 100 Campingparks an den schönsten Reisezielen Europas:

Frankreich (Provence, Côte d'Azur ...), Italien (Venedig, Toskana, Caorle ...), Kroatien (Pula, Porec ...), Spanien und Portugal (Costa Brava ...)

Für GPA-djp-Mitglieder:
15 % Rabatt vor 2.7.2011 und nach 27.8.2011 ab 1 Wo. Aufenthalt, 5 % Rabatt von 2.–9.7. oder von 2.–16.7.2011
Keine Buchungsgebühren (10–25 €) im ganzen Jahr

Einfach den Partnercode GPA10 direkt bei der Buchung auf www.homair.de oder per Telefon unter +33 442 204 725 angeben.

© harrys home

## Harry's Home

Es ist ein Familien-Hotel und ein Business-Hotel, ein Sport-Hotel und ein Kult(ur)-Hotel. Harry´s Baukastensystem passt sich Ihren Wünschen an.

Im Oktober 2010 eröffnete neben den Standorten Graz und Linz bereits das 3. Harry's Home im Zentrum von Dornbirn.

Als GPA-djp-Mitglied erhalten Sie bei Vorlage der GPA-djp-CARD 10 % Rabatt auf sämtl. Harry's Home Packages sowie auf Ihre Übernachtungen.

Info und Reservierung:

Graz: Tel. 0316/49 39 00
Linz: Tel. 0732/75 75 00
Dornbirn: Tel. 05572/20 80 00

www.harrys-home.com

© CAT

## City Airport Train (CAT)

Mit nur 16 Minuten Fahrzeit ist der CAT das schnellste Verkehrsmittel vom Airport ins Zentrum von Wien. Er verkehrt im Halbstundentakt zwischen dem Flughafen und dem Bahnhof Wien-Mitte, täglich von 5.38–23.35 Uhr.

Für GPA-djp-Mitglieder:

Am Automaten:
Single Ticket 9,– € (statt 10,–)
Return Ticket 16,– € (statt 18,–)
Im Internet:
Single Ticket 8,– €
Return Ticket 15,– €

Zur Buchung des ermäßigten Tarifes im Feld „Promo Code" folgenden Code eingeben:
GPA-S für Single Ticket,
GPA-R für Return Ticket.
Im Zug die CARD vorweisen!
www.cityairporttrain.com

© Vila Vita Hotels

## Vila Vita Pannonia

- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer/ Bungalow inkl. Frühstücksbuffet/HP
- 1 Teilmassage (25 Min.)
- Lichttherapie auf Wüstensand (20 Min.)
- Benutzung von Wellness- und Saunaparcs, div. Sport- u. Freizeiteinrichtungen

Mit der GPA-djp-CARD:
218,– € p. P. statt 268,– €
Angebot gültig bis 27.11.2011

Oder Sie buchen individuell unter „GPA-djp-Konditionen“ und erhalten – 15 % auf den reg. Listenpreis für Übernachtung/Frühstücksbuffet.

VILA VITA Pannonia, ****
Storchengasse 1, 7152 Pamhagen, Tel. 02175/21 80-0,
www.vilavitapannonia.at

© www.larimarhotel.at/maxum

## Hotel Larimar****Superior

Genießen Sie Ihren Kurzurlaub. Larimar-Halbpension: Frühstücksbuffet, Mittags-Vitalsnack, 5-Gang-Abendwahlmenü, 4.000 m² Wellness- und Spalandschaft für Hotelgäste, Nutzung der Therme Stegersbach (über Bademantel-Gang) u. v. m.

Bei Vorlage der CARD für GPA-djp-Mitglieder und Begleitpersonen: –10 % auf den Listenpreis (ausg. Verwöhnpakete)

Die Ermäßigung ist von So–Fr ab 2 ÜN gültig bzw. ab 3 ÜN, wenn beim Aufenthalt ein Wochenende (Fr–So) inkl. ist (ausg. Feier- u. Fenstertage).

Hotel Larimar****Superior
7551 Stegersbach
Tel. 03326/551 00
www.larimarhotel.at

© Ferienhotel Woerthersee

## Winter Wellness Plus

Entspannen Sie am winterlichen Wörthersee im Ferienhotel Wörthersee.

- 8 Tage/7 Nächte im DZ oder Appartement
- 7 x Frühstücksbuffet und 3-gängiges Abend-Wahl-Menü
- Freie Benützung des Wellnessbereiches (Finnische und Aromasauna, Infrarotkabine, Kneippbecken, Hallenbad)
- 2 Entspannungsmassagen
- 20 % Ermäßigung auf Massagen und Ayurveda

Packagepreis für GPA-djp-Mitglieder ab € 329,–
Angebot gültig bis 10.04.2011

Ferienhotel Wörthersee
Töschling 82, 9212 Techelsberg/
Pörtschach, Tel. 04272/25 09,
ferienhotel-woerthersee.at

## Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card. Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr. 05 03 01-301, E-Mail: service@gpa-djp.at

© www.larimarhotel.at/maxum

# Gewinnspiele und Ermäßigungen

Gewinnen Sie

Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!
Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel
**Einsendeschluss: 21. Februar 2011.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Cirque du Soleil

ab 10. Februar 2011

**Cirque du Soleil – Corteo**
Grand Chapiteau, Neu Marx, 1030 Wien
Lassen Sie sich vom bunten Treiben poetischer Figuren und graziler Akrobaten verzaubern.
–20 % auf Kat. 1, 2, 3 für Shows: Di, Mi, Do, 19.30 Uhr, So 14.00 u.18.00 Uhr und Fr. 15.30 Uhr

Karten: www.cirquedusoleil.com/de/shows/corteo
mit Aktionscode „GPA"

© Bettina Frenzel

15.–26. Februar 2011

**Höllischer Himmel – eine Revue!**
KosmosTheater

Gewinnen Sie 2 x 2 Karten für 26.2.11

Sehen Sie, was passiert, wenn Marlene Dietrich, Zarah Leander, Paula Wessely und Leni Riefenstahl als Engel in einer Wohngemeinschaft, sprich Himmel, miteinander leben müssen?

www.kosmostheater.at

© semas

26. Februar bis 27. März 2011

**Internationales Akkordeonfestival**
Verschiedene Spielstätten

Genießen Sie das Instrument Akkordeon und dessen zahlreiche künstlerische Facetten, heuer mit dem Schwerpunkt der reichen Musikszene der Kulturnation Frankreich.
www.akkordeonfestival.at
Karten: 10 % CARD-Ermäßigung, Tel. 0676/512 91 04

© die giftzwerge

16.–26. März 2011

**Das Krisenrad**
Wiener Theaterkeller, 1030 Wien, Hegergasse 9

Das erfolgreiche Kabarett-Ensemble „Die Giftzwerge" lädt Sie zur Fahrt mit einem neuen Wahrzeichen ein – zu ihrem brandaktuellen giftigen Programm „Das Krisenrad"

www.giftzwerge.at
Karten: € 2,– CARD-Ermäßigung, Tel. 0664/222 54 02

© Event Marketing Service

24. März und 3. April 2011

**Stehaufmandln**
Theater Längenfeldgasse

Die Stehaufmandln versprühen wieder Schmäh, Parodien und Witz. Ein Riesenspaß für die ganze Familie. Auch für das leibliche Wohl ist bestens gesorgt: Im Kartenpreis ist ein ½ Grillhendl inkludiert!

Karten: 20 % CARD-Ermäßigung, Tel. 01/714 88 77

© Duo

16. + 17. April 2011

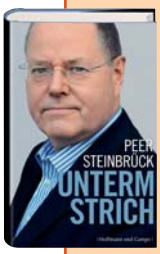
**Dance Masters! Best of Irish Dance**
MuseumsQuartier, Halle E

Eine ausgezeichnet inszenierte Show mit Livemusik, die traditionelle Elemente und Modern Entertainment perfekt verbindet und wahre Begeisterungsstürme auslöst, zum ersten Mal in Wien.

Karten: 01/748 87 10
€ 5,– CARD-Ermäßigung

## Peer Steinbrück: Unterm Strich.

Hoffmann und Campe. € 23,70




Der ehemalige deutsche Finanzminister Peer Steinbrück analysiert schonungslos die Lage und zeigt Wege aus der Krise. Seine Botschaft: Egal, ob es um die Stärkung unserer Wirtschaft, die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme oder die Lage der Parteien geht: Eine gute Zukunft hängt davon ab, dass Politik und Bürger sich offen eingestehen, welche Schritte nötig sind, statt Tabus zu pflegen und mit unhaltbaren Versprechungen von den Problemen abzulenken. Nur wenn sich die Politik von Grund auf wandelt, wird sie die gewaltigen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise meistern.

## Ulrike Herrmann: Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht.

Westend Verlag. € 9,99

Die Mittelschicht schrumpft. Gleichzeitig werden Reiche immer reicher. Der Protest bleibt aus. Stattdessen betreiben Angestellte, Handwerker und Beamte sogar noch ihren eigenen Abstieg, indem sie klaglos zulassen, dass die sogenannten Eliten immer weniger Steuern zahlen. Wie kann das sein? Die Antwort: Die Mittelschicht sieht sich selbst als Teil der Elite – ein teurer Irrtum, der nur den wirklich Reichen nützt.

Die Mittelschicht betrachtet sich gerne als Opfer. Ständig hat sie den Verdacht, sie würde vom Staat ausgebeutet. Doch: Stellt die Mittelschicht nicht die Mehrheit in dieser Gesellschaft? Warum stimmt sie zum Beispiel für Steuergesetze, die die Oberschicht einseitig privilegieren?

Warum benimmt sich die Mittelschicht so irrational? Ulrike Herrmann untersucht den Alltag, analysiert die Vermehrung der Milliardäre, die Rückkehr der Dienstboten, die Verachtung der Unterschicht und den fatalen Glauben der Mittelschicht, sie sei privilegiert. Die Zeit drängt: Findet die Mittelschicht nicht zu einem realistischen Selbstbild, wird sie auch weiterhin allein für wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen bezahlen.

## ZusammenReden – Debatten über Integration in österreichischen Kommunen.

Hrsg. von Alicia Allgäuer, Mary Kreutzer und Thomas Schmidinger. Verein Alltag Verlag. € 19,90

ZusammenReden gibt eine Auswahl von Diskussionsveranstaltungen wieder, die in den Jahren 2009 und 2010 in Wiener Neustadt und Baden von Stadtverwaltung und Caritas organisiert wurden.

ExpertInnen aus verschiedenen Bereichen diskutieren darin Themen wie Migrationsgeschichte, Arbeit, Wohnen, Bildung, Geschlechterverhältnisse, Religion, Psyche, Nationalismus und Jugend.

## In Freiheit leben, das war lange nur ein Traum. Mutige Frauen erzählen von ihrer Flucht aus Gewalt und moderner Sklaverei.

Hrsg. von Lea Ackermann, Mary Kreutzer, Alicia Allgäuer. Verlag Kösel. € 18,50.

Fatima verdiente sich ihr Überleben jahrelang als minderjährige Prostituierte für europäische Sextouristen in Mombasa. Zehra wurde als 13-Jährige in der Türkei gegen ihren Willen verheiratet. Joy glaubte den falschen Versprechungen von Menschenhändlern in Benin City und wurde jahrelang als Zwangsprostituierte in Deutschland ausgebeutet.

Frauen aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika und dem Nahen Osten erzählen ihre unglaublichen Lebensgeschichten auf dem Weg in die Freiheit. Sie flohen aus Zwangsprostitution, arrangierten Ehen und Beziehungsgewalt. Sie entkamen politischer Unterdrückung, Ehrenmorden, Menschenhändlern und bitterer Armut.

Den Frauen ein Leben in Würde und Autonomie zu ermöglichen, dafür setzen sich Schwester Lea und die von ihr gegründete Organisation Solwodi (Solidarity with Women in Distress) ein. Eine packende und berührende Reportage über Frauen, die den Weg in die Freiheit gefunden haben.

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.

Foto: WBV-GPA

*v. l. n. r.: Annemarie Aufreiter, Mag. Katherina Alder, Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Mag. Ingrid Reischl*

# Johanna Dohnal **Gedenktafel** enthüllt

*Prominente PolitikerInnen und VertreterInnen des Vereines Frauenwohnprojekt [ro*sa] Donaustadt enthüllten gemeinsam die Gedenktafel am Haus 1220 Wien, Anton-Sattler-Gasse 100, zum Andenken an die erste Frauenministerin Österreichs.*

Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft'. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn." Text der Gedenktafel für Johanna Dohnal (*14.2.1939, † 20.2.2010)

## Zur Erinnerung an große Menschen

Nach den Wohnhausanlagen Käthe-Leichter-Hof in 1130, Auhofstraße 152–156, Margarete-Schütte-Lihotzky-Hof in 1210, Carminweg 6, Kardinal-König-Wohnheim in 1110, Zinnergasse 29b und im Otmar Brix-Haus in 1110, Simmeringer Hauptstraße 141–143 wird nun eine weitere Wohnhausanlage der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) nach einer herausragenden Persönlichkeit benannt.

## Johanna-Dohnal-Haus

Das vor ca. einem Jahr fertiggestellte Frauenwohnprojekt (ro*sa) Donaustadt in 1220, Anton-Sattlergasse 100 wird Johanna-Dohnal-Haus heißen und damit das erste, nach der unermüdlich für die Rechte der Frauen eintretenden Ministerin und Frauenpolitikerin benannte Gebäude sein.

## Würdevolle Feier

Im Rahmen einer würdevollen Feier in Anwesenheit von Annemarie Aufreiter, der Lebensgefährtin von Johanna Dohnal, wurde ihres Werkes und ihrer politischen Errungenschaften gedacht. Dies geschah aus sehr unterschiedlichen Perspektiven:

## Persönliche Begegnung

Mag. Katherina Alder verfasste als Vertreterin des Vereines Frauen-

Foto: WBV-GPA

*Gruppenfoto der Fest- und Ehrengäste im Hof des Johanna-Dohnal-Hauses.*

wohnprojekt [ro*sa] Donaustadt ein sehr bewegendes Statement und erinnerte an Momente der persönlichen Begegnung mit Johanna Dohnal.

## Politische Erfolge

Die AR-Vorsitzende der WBV-GPA, Mag. Ingrid Reischl, würdigte die politischen Erfolge und Fortschritte für die Frauen, die von Johanna Dohnal initiiert und umgesetzt wurden. Die Palette reichte von der Bildungspolitik über die Fristenlösung bis zu den sozialpolitischen Entwicklungen, die von der Frauenministerin in die Wege geleitet wurden.

## Kampf für die Frauenrechte

Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek wiederum spannte den Bogen bis in die Gegenwart und zeigte anhand von aktuellen Beispielen, dass von manchen Seiten die Gefahr eines Rückfalls in vergangen geglaubte Zeiten drohe und daher der Kampf für die Frauenrechte weitergehen müsse.

## Bewegende Dia-Show

Großen Anklang fand eine Präsentation, die von der WBV-GPA aus Fotoarchivmaterial der Bruno-Kreisky-Stiftung zusammengestellt und musikalisch untermalt wurde.

## Gedenktafel enthüllt

Abschließend wurde die Gedenktafel enthüllt, die nun für die Öffentlichkeit auch von außen einseh- und lesbar rechts neben dem Eingang des Hauses angebracht wurde. Im Frühjahr soll dann die Beschriftung des Hauses mit dem Schriftzug „Johanna Dohnal Haus“ erfolgen.
Das Gruppenfoto zeigt eine in Andenken an Johanna Dohnal bewegte Schar von Festgästen, die alle gemeinsam nicht nur dem Werk Johanna Dohnals gedenken, sondern es auch in ihrem Sinne fortsetzen wollen. ■

*Michael Gehbauer*


**Wohnungsberatung**

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte
WBV-GPA-Wohnungsservice
Gassenlokal
1010 Wien
Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14
Fr. Goldnagl Dw. 22
Hr. Neußl Dw. 23
Fax: (01) 535 49 78
Internet: www.wbv-gpa.at
E-Mail: wohnungsservice@wbv-gpa.at

Foto: WBV-GPA

**WOHNEN IM ZENTRUM**

**Purkersdorf 3002, Herrengasse 6**
- Fertigstellung: April 2011
- 39 geförderte Mietwohnungen mit Eigentumsoption (50–120 m²)
- 3 Lokale (Polizei, eine Bankfiliale und ein Vereinslokal)
- Tiefgaragenabstellplätze

# SOZIALE ARBEIT IST MEHR WERT!

**DIE GPA-djp FORDERT EINE SOZIALMILLIARDE FÜR**

- » ein flächendeckendes, bedarfsgerechtes Angebot an Sozial- und Gesundheitsdiensten.
- » die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze.
- » attraktivere Arbeitsbedingungen.
- » faire Bezahlung der Beschäftigten.

**www.gpa-djp.at | service@gpa-djp.at**

GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK – JOURNALISMUS – PAPIER